

Die Botschaft des Präsidenten

Wir fangen wieder bei Null an

Sechs Jahre nachdem die erste Fassung der elften AHV-Revision vom Volk verworfen wurde, hat das Parlament in seiner Schlussabstimmung vom 1. Oktober 2010 eine neue Version ebenfalls abgelehnt. Mit 118 gegen 72 Stimmen hat der Nationalrat Nein gesagt. In Anbetracht der Reduktion in der Grössenordnung von 1 Milliarde bei den Leistungen, waren die Fortschritte dieser elften Revision ungenügend. Wenn das Parlament diese Gesetzesvorlage angenommen hätte, dann wäre sie später vom Volk abgelehnt worden, denn das Referendum war vorprogrammiert.

Warum dieser Schlamassel ?

Die Vorlage enthielt neben der Erhöhung des AHV-Rentenalters für Frauen von 64 auf 65 Jahre auch eine Regelung, mit welcher der Teuerungsausgleich bei den Renten gefährdet wurde. Aber das Volk ist nicht dumm, es will keinen Leistungsabbau in der Altersvorsorge. Das hat es schon mehrere Male zum Ausdruck gebracht, zuletzt bei der Abstimmung über den Umwandlungssatz in der beruflichen Vorsorge.

Die Erhöhung des Rentenalters für Frauen hätte zu Einsparungen von ungefähr 800 Millionen geführt. Es war vorgesehen, die Hälfte dieses Betrages während zehn Jahren an Kleinverdiener in Form von Erleichterungen von Frühpensionierungen weiterzugeben. Gemäss der Vorlage wären auch die Renten nicht mehr automatisch alle zwei Jahre angepasst worden. Wenn der AHV-Ausgleichsfonds unter 70 % der jährlichen Ausgaben zu liegen käme, dann würden die Renten nur noch mit einer gewissen Verzögerung angepasst. Falls er unter 45 % sinken würde, dann gäbe es überhaupt keinen Teuerungsausgleich mehr. Die Begrenzung auf zehn Jahre der vorgesehenen Hilfe an Kleinverdiener zeigt, dass die Parlamentarier, welche die Vorlage unterstützten, nur an der Erhöhung des Rentenalters für Frauen interessiert waren. Es fehlte ihnen der Wille, das Prinzip einer Frühpensionierung im Gesetz zu verankern.

Die AHV ist nicht in Gefahr.

Seit Jahren erzählt man, dass die AHV einmal in einer Katastrophe enden würde. Gegenwärtig ist die AHV kerngesund. Das Jahr 2009 hat sie mit Mehreinnahmen von fast vier Milliarden abgeschlossen. Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung waren für die Periode von 2005 bis 2020 vorausgesagt, jetzt sind sie es für 2020 bis 2030. Es besteht also keine Gefahr für die AHV. Das Parlament hat genügend Zeit, um im richtigen Moment die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Aufpassen auf das weitere Vorgehen.

Kurz nach der Bekanntgabe der Schlussabstimmung vom 1. Oktober 2010 hat das Departement des Innern eine Pressemitteilung mit Angaben über das zukünftige Vorgehen veröffentlicht. Darin werden technische Massnahmen zur Erhöhung der Effizienz in der Verwaltung der Versicherung angekündigt, sowie die Absicht, nächstens dem Parlament eine Botschaft über Massnahmen zur Sicherstellung der langfristigen Finanzierung der AHV zu unterbreiten. Die nächste AHV-Revision muss vor allem einen Mechanismus für eine automatische Anpassung der Renten an die demographischen und wirtschaftlichen Realitäten enthalten. Damit sind wir einverstanden, aber hinter diesen Worten könnten Angriffe auf die Grundprinzipien der AHV versteckt sein: die generationenüberschreitende Solidarität, die Gegenwartsfinanzierung, die Prämienzahlung auf dem Gesamteinkommen, der verfassungsmässige Auftrag zur Deckung der Grundbedürfnisse. Wenn das der Fall wäre, würden wir Alarm schlagen. Wir kennen die Schlussfolgerungen des Berichtes Bonoli „Die Anpassung der Rentensysteme in der OCDE; welche Reform für die Schweiz?“ und wir wissen, dass diese für unser Land nicht in Frage kommen. Unser Modell der Altersvorsorge ist so kostbar, dass wir uns nicht in nachteilige Experimente wagen werden. Falls notwendig, werden wir unseren Standpunkt klar zum Ausdruck bringen gegenüber wem es auch sei.

Welche Zukunft für die AHV ?

Am 8. Oktober 2010 fand in Bern die Herbsttagung der VASOS (Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz) statt. Gastredner/innen waren die Nationalrätinnen Christine Goll und Marie-Thérèse Weber-Gobet, sowie Matthieu Leimgruber, Professor für Wirtschaft an der Universität Genf und Gérard Heimberg, Präsident der Arbeitsgruppe „Sécurité sociale et santé“ der VASOS. Alle vier konnten, dank ihrer grossen Erfahrung, den fünfzig anwesenden Personen interessante Informationen über den Werdegang der AHV vermitteln. Es wurde aber vor allem über die Zukunft der AHV geredet und da war der Aufruf zur Wachsamkeit von Christine Goll sehr eindrücklich, denn die 12. AHV-Revision steht vor der Tür. Es sei zu befürchten, sagte sie, dass diese auf einen ebenso starken Leistungsabbau in unserer wichtigsten Altersversicherung zielt, wie das die 11. Revision hätte tun können, wenn sie nicht am 1. Oktober 2010 vom Parlament abgelehnt worden wäre.

Zum Schluss des Anlasses wurden die Debatten wie folgt zusammengefasst:

- Das wichtigste kurz- und mittelfristige Ziel für die AHV ist und bleibt die Erfüllung ihres verfassungsmässigen Auftrags: „Die Renten haben den Existenzbedarf angemessen zu decken“ (Bundesverfassung Art. 112, Absatz 2, lit. b)
- Sobald es sich als notwendig erweist, muss die Finanzierung der AHV verstärkt werden, indem die Grundlage der Beiträge vergrössert wird: AHV-Beiträge sollen auf allen Einkommen (inklusive Prämien, Boni und Zulagen) sowie auf allen Kapitaleinkommen erhoben werden, bevor der Beitragssatz erhöht wird.
- Es ist ernsthaft zu prüfen, wie die zweite Säule in die AHV integriert und eine umfassende Altersversicherung geschaffen werden kann. Dabei ist der Besitzstand der Personen, welche in die zweite Säule einbezahlt haben, zu wahren.

Die freiburgische Rentnervereinigung

Unsere diesjährigen Tätigkeiten stehen im Zeichen von Konsolidierung und Beständigkeit. Gemäss einer langen Tradition wurde kürzlich eine Delegation unserer Vereinigung durch den Regierungsrat empfangen, mit dem Zweck, diverse Punkte zu behandeln, welche, wie könnte es anders sein, auch Probleme und Forderungen sind:

- Zusammenarbeit mit einzelnen Gemeinden (wir haben gute Kontakte mit verschiedenen Gemeinden, ein Modell, das auch von anderen angewendet werden sollte),
- Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Gemeinden,
- Situation der Regierungsstatthalter, welche die Regierung vertreten, aber keine Entscheidungen treffen können,
- Fortschritte bei den Arbeiten des grossen Projekts Senior+,
- Freipasskarten,
- Bestellungen für Reisen per Internet und Nachteile der Personen ohne Internetanschluss,
- Mangel an Hausärzten,
- altersgerechte Wohnungen und Übergangsstrukturen,
- der neue Markt für wohlhabende Rentner,
- Steuerabzüge für Kosten, die bei Freiwilligenarbeit entstanden sind.

Es wurde beschlossen, dass die obigen Punkte aufmerksam verfolgt werden und dass bei komplizierten Fällen im Rahmen einer Arbeitsgruppe vorgegangen würde. Unsere Beziehungen zu den Regierungsmitgliedern sind geprägt von gegenseitiger Wertschätzung und Sympathie. Beide sind notwendig in diesen empfindlichen Bereichen.

In der Sommerpause konnte der Präsident seine Dossiers ord-

nen und an zahlreichen Sitzungen von nationalen Organisationen teilnehmen (VASOS, Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz, SRV, Schweiz. Rentnervereinigung, SSR, Schweiz. Seniorenrat). Die Sitzungen beanspruchen Zeit, aber sie liefern wertvolle Informationen, die dann so klassiert werden müssen, dass man sie später wieder findet.

Unser Kanton wird vom unanständigen Benehmen und vom Alkoholmissbrauch der Jungen nicht verschont. Deshalb hat der Kantonale Rat für Prävention und Sicherheit (wovon wir Mitglied sind) Massnahmen vorbereitet, um deren Auswüchse zu vermeiden und um gleichzeitig die Gesundheit der aufstrebenden Generation, welche Mühe hat, ihre Jugendprobleme in den Griff zu bekommen, zu schützen. Wir wollen nicht untätig sein, denn oft ist das Vorbildverhalten der Eltern ungenügend. Wir sind alle einmal jung gewesen und erinnern uns noch an die gegenseitigen Vorwürfe zwischen Eltern und Kinder. Streitigkeiten zwischen den Ehemaligen und den Modernen sind nicht von heute und es wird sie auch morgen noch geben. Man muss nicht verallgemeinern, sondern das gegenseitige Verständnis und ohne Vorurteile den Dialog suchen (obwohl . . .)

Eine Alterserscheinung: zweimal wurde mir in einem vollen Bus von einer jungen Frau ein Sitzplatz angeboten. Fast hätte ich das Angebot abgelehnt, wie es so oft vorkommt (man muss ja dankeschön sagen), aber dann hatte ich es doch noch angenommen. Das kurze, beidseitige Lächeln war wie ein Sonnenschein an einem Regentag.

Michel Studer, Präsident der freiburgischen Rentnervereinigung

Umfrage bei den Mitgliedern der waadtländischen Rentnervereinigung

Das Ziel der Schweiz. Rentnervereinigung und der kantonalen Vereinigungen besteht darin, die Interessen der Rentnerinnen und Rentner gegenüber der Öffentlichkeit und den Behörden zu vertreten. Um die Anliegen ihrer Mitglieder besser zu kennen, hat unsere Vereinigung dieses Frühjahr eine detaillierte Umfrage veranstaltet. Es haben nicht alle geantwortet, aber wir haben eine grosse Anzahl interessanter Angaben erhalten.

Eingegangene Vorschläge

Die meisten Vorschläge drehten sich um das **Gesundheitswesen**, was für niemanden eine Überraschung war. Das grösste Problem liegt in den ständig steigenden Prämien der Krankenkassen; dazu kommen die hohen Preise für Medikamente, die Laborkosten und die Kosten, die durch den technischen Fortschritt in der Medizin verursacht werden. Auch wird beanstandet, dass Kosten für Zahnbehandlungen und -hygiene durch die obligatorische Grundversicherung nicht gedeckt sind.

Im Bereich des **Verkehrs** besteht der Wunsch, dass der erste Tritt der Fahrzeugtreppe stets der Höhe von Trottoir oder Bahnsteig angepasst werde. Busbillete findet man zu teuer und die Rentner sollten immer zum Halbtax-Tarif reisen können.

Im Bereich **Sozialversicherung** ist man vor allem an der Sicherheit von AHV und IV sowie der beruflichen Vorsorge inte-

ressiert. Es wurde auch verlangt, dass über das Recht, Ergänzungsleistungen zu erhalten, besser informiert wird. Man kann noch erwähnen, dass es in den Städten mehr öffentliche Sitzgelegenheiten geben sollte und dass die öffentliche Beleuchtung am Boden verbessert werden sollte. Ein Vorschlag bestand darin, dass man gegen telefonische Belästigungen strenger vorgehen sollte. In einem anderen wird der Wunsch geäussert, Vorbereitungskurse für einen eventuellen Eintritt in ein Alters- und Pflegeheim so zu organisieren, dass sie auch Angehörigen zugänglich sind.

Was wird aus diesen Vorschlägen?

Diese Vorschläge und Wünsche sind sehr interessant. Wir werden in unserem Vorstand darüber diskutieren und nach Lösungen suchen. Es ist unsere Aufgabe, die nötige Zeit dafür aufzubringen und mit Hilfe unserer Dachorganisationen und anderen, ähnlich gelagerten Altersverbänden die geeigneten Überlegungen anzustellen. Die Lösungen für diese Probleme müssen wir finden, denn es gibt keinen Zauberstab der das kann. Es gibt nur unseren Einsatz und unseren Willen.

Christiane Layaz-Rochat,
Präsidentin der waadtländischen Rentnervereinigung

Berufliche Vorsorge

Die Auswirkungen der Abstimmung vom 7. März 2010

Dieses Resultat hat gut getan! Wir erinnern uns: 72 % der Stimmenden haben eine Senkung des Umwandlungssatzes im Gesetz über die berufliche Vorsorge abgelehnt. Dieser Satz bestimmt die Höhe der Rente auf Grund des am Ende der Berufstätigkeit erreichten Vorsorgekapitals. Diese denkwürdige Abstimmung hat mehrere Auswirkungen:

- 1) Der Umwandlungssatz wird nicht wie geplant stufenweise auf 6,4 % bis 2015 gesenkt. Das bestehende Gesetz bleibt in Kraft: Der Satz, gegenwärtig 7,0 % (1985: 7,2 %), wird nur bis auf 6,8 % gesenkt, und das bis 2014. Somit ergibt ein Vorsorgekapital von Fr. 100'000.— schlussendlich, im Jahr 2014, eine Rente von Fr. 6'800.— anstatt Fr. 6'400.— im Jahr 2015.
- 2) Kurz nach der Abstimmung hat der Nationalrat die Schaffung einer unabhängigen Aufsichtsbehörde für die Pensionskassen beschlossen, eine dringende Notwendigkeit!

- 3) Die SP verlangt, dass die Versicherungsgesellschaften das Pensionskassengeschäft von ihren übrigen Versicherungsbereichen rechtlich und buchhalterisch abtrennen müssen. Dadurch werden Gewinnverschiebungen von den Pensionskassen zu den Aktionären der Versicherungsgesellschaften erschwert. Diese Gewinne gehören den versicherten Personen! Es werden mit dieser Massnahme nicht alle Probleme rund um die Pensionskassen aus dem Weg geräumt, aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist getan.
- 4) Dieses Abstimmungsresultat erhöht die Glaubwürdigkeit jener Kreise, die gegen den Abbau in unseren Sozialversicherungen kämpfen, denn es gilt, eine andere Rente ebenso zu verteidigen, nämlich jene der AHV, wo die Anpassungen alle zwei Jahre gemäss dem Mischindex gefährdet sind.

Quelle: Dr. Rudolf Rechsteiner, Nationalrat, Mai 2010.

Ein Festtag in Lugano für die AAPI und deren Nachfolgerin „GenerazionePiù“

Der 30. Geburtstag der AAPI-OCST, Associazione Anziani Pensionati Invalidi dell'Organizzazione Cristiano-Sociale Ticinese, wurde am 24. September 2010 in Lugano gefeiert. Alle tessiner Medien haben über dieses denkwürdige Fest berichtet, besonders die Tageszeitung „Il Giornale del Popolo“, welche dem Anlass eine ganze Seite unter dem Titel „Die über 65 OCST feiern das 30-jährige Bestehen ihrer Vereinigung und geben ihr einen neuen Namen“ widmete. Der neue Name, der gleichzeitig der Öffentlichkeit präsentiert wurde, heisst „GenerazionePiù“.

Fast vierhundert Personen versammelten sich am Vormittag im Kongresshaus zum offiziellen Teil dieses Gedenktages. Es gab Beiträge von verschiedenen Personen, worunter die Regierungsrätin und Chefin des Departements für Gesundheit und Sozialfragen, der Bürgermeister von Lugano, der Bischof der Diözese von Lugano, der neue Präsident der OCST, Claudio Franscella, Sekretär von GenerazionePiù und treibende Kraft der Veranstaltung. Der Präsident von GenerazionePiù, Giacomo Falconi, hob in seiner Ansprache die Wichtigkeit der Senioren als „Zeugen der Identität“ einer Gemeinschaft hervor. Gegen Ende des Vormittags wurde allen Anwesenden ein speziell für dieses Fest hergestellter Kurzfilm vorgeführt. Darin kam zum Ausdruck, dass die Senioren durch ihre Lebenserfahrung einen wichtigen Beitrag an unsere Gesellschaft leisten können und müssen.

An einer solchen Veranstaltung darf ein gutes Mittagessen nicht fehlen. Tatsächlich hatten wir nach dem Aperitiv während zwei Stunden Gelegenheit, in freundschaftlicher Stimmung das Programm des Küchenchefs zu geniessen. Anschliessend erhielt jede Person ein Exemplar unseres kleinen Buches „Vade-

mecum“, das einen interessanten und rührenden Rückblick über die 30 Jahre AAPI enthält.

Gegen 15.30 Uhr wurde die Tür zum grossen Saal des Kongresshauses für das Publikum geöffnet. Es folgte ein Opernkonzert des Coro Lirico von Lugano unter der Leitung von Maestro Andrea Cupia. Der Schweizer Psalm zu Beginn war ein ergreifender Moment. Ein Gesangschor von fünfzig Personen, mit drei Solisten, präsentierte Werke von Rossini (*Guillaume Tell*), Bellini, Donizetti, Verdi (*Aida*), Mascagni (*Osterhymne aus der Cavalleria rusticana*).

Diesen Tag werden wir nie vergessen. GenerazionePiù erhielt viele Glückwünsche für ihre zukünftige Tätigkeit auf kantonaler und regionaler Ebene.

Maria Luisa Delcò, 30. September 2010

Ein anderer Geburtstag: Jener unseres Mitglieds **Avivo Sektion Basel**, welches am 12. Dezember 2010 im grossen Saal des Volkshauses sein 50-jähriges Bestehen feiern wird.

Und noch ein Geburtstag: Jener des **Bulletins No. 20**, das Sie vor sich haben. Unter dem damaligen Präsidium von Edmée Buclin-Favre, inzwischen Ehrenpräsidentin geworden, und in Erfüllung eines vielfach geäusserten Wunsches nach einem Mitteilungsblatt, ist die erste Nummer im Frühjahr 2001 erschienen. Der Titel auf der ersten Seite hiess: „Heute springen wir ins Wasser“. In zehn Jahren hat das Bulletin schwimmen gelernt.

Wir heissen zwei neue Mitglieder unseres Zentralvorstandes willkommen

Maryse Perret, Lausanne, Mitglied der waadtländischen Rentnervereinigung, hat als diplomierte Krankenpflegerin des Kantonsspitals Lausanne während vielen Jahren Personen in ihren Privatwohnungen gepflegt. Anschliessend war sie als Lehrerin in einer Pflegerinnenschule und in der Erwachsenenbildung des CHUV tätig (10 Jahre). Sie hat auch für das Rote Kreuz in Bern und in Rumänien gearbeitet (11 Jahre). Ihre Interessen und Tätigkeiten konzentrierten sich stets auf die Probleme in den Gebieten vorbeugende Massnahmen im Gesundheitswesen, Einwanderung, Einbürgerungen, Arbeitsbedingungen, sozialer Wohnraum, Unterkunft von älteren Personen, öffentlicher Verkehr.

Maryse war ebenfalls politisch aktiv: 9 Jahre als Mitglied des Gemeinderats von Lausanne und 13 Jahre als Abgeordnete im Grossen Rat des Kantons Waadt.

Werner Sigrist, Lausanne, Mitglied der Gewerkschaft *transfair*, absolvierte eine Kondukteurlehre bei den SBB in Basel. Er hat in verschiedenen Depots gearbeitet und wurde 2004 als Zugführer in Lausanne pensioniert.

1964 trat Werner der Gewerkschaft Christliches Verkehrspersonal bei, wo er verschiedene Aemter bekleidete, worunter dasjenige des Präsidenten der Sektion Luzern der Kategorie Zugpersonal. Später, bis zum Zusammenschluss mit der CH-PTT, 1999, war er Mitglied des Zentralvorstandes und schliesslich Vizepräsident.

Nach einer Pause als Gewerkschafter, wurde Werner 2006 Präsident der westschweizer Rentner/innen von *transfair*, Sektionen öffentlicher Verkehr und Verwaltung. Seit 2007 hat er die gleiche Aufgabe für die ganze Schweiz.